Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt

Postscheckkonto Dresden 1858. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 254. Sonnabend, 29. Oktober 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Träume eines Diktators.

Alle Welt hat sich lange Zeit weidlich den Kopf darüber zerbrochen, was wohl alles in der Unterredung Primo de Riveras mit Chamberlain in Malorca an neuen Plänen und neuen Völkerbindungen aufgetaucht sei. Chamberlain gab sich sehr diskret, und auch von Herrn Primo de Rivera, abgesehen von dem sehr rasch dementierten Interview, das er gegeben haben soll, hat man nichts Näheres von dem Inhalt der Aussprache erfahren. In der Presse verschiedener Länder wurde des öfteren der spanischen Regierung die Absicht nahe gelegt, daß sie entschlossen sei, ihr Desinteressement in der Tangerfrage auszusprechen und daß in der Unterredung Chamberlains mit Primo de Rivera dieser Entschluß Madrids auch mitgeteilt wurde. Diesen recht kühnen Behauptungen der Weltpresse ist insofern ein gewisser Grad von Wahrscheinlichkeit nicht abzustreiten, als bis jetzt noch immer nicht ein klares Dementi Madrids über diese Behauptungen vorliegt. Dieses Stillschweigen Spaniens kann zwar nicht als eine Bestätigung dieser Meldungen aufgefaßt werden, aber es läßt immerhin doch erkennen, daß Primo de Rivera im Augenblick kein Interesse daran hat, diesen Glauben der Weltpresse zu zerstören. Trotz des Geheimnisses, das somit auch heute noch über der Zusammenkunft der beiden Staatsmänner liegt, gibt es doch zum mindesten einen festen Anhalt, der wohl ein bißchen den Schleier über dieser Unterredung lüften könnte. Das wäre die Erklärung Chamberlains über die Möglichkeiten eines engeren Einvernehmens der Politik Großbritanniens mit der Spaniens. Ein solches engeres Einvernehmen könnte aber nur dann ermöglicht werden, wenn Spanien sich dazu entschlösse, wiederum in die Arme des Völkerbundes zurückzukehren. Welche Erkenntnis zu der Annahme berechtigt, daß in der Unterredung Chamberlains mit Primo de Rivera und auch in den unverbindlichen Aussprachen hinter den Kulissen der Oeffentlichkeit die Möglichkeit des Wiedereintritts Spaniens in die Genfer Institution geprüft wurde.

Spaniens Austritt aus dem Völkerbund erfolgte auf Grund der Ablehnung seines Wunsches, im Völkerbundsrat einen ständigen Sitz zu erhalten. Die spanische Regierung hat sich bemüht, nach außen hin diese Angelegenheit des ständigen Ratssitzes als eine Prestige-Frage hohen Grades zu bezeichnen. Wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß schon rein machtpolitisch Spanien den Wunsch hegt, als Großmacht anerkannt zu werden, so glauben wir doch, daß bei der spanischen Forderung auf die Ueberlassung eines ständigen Ratssitzes noch andere Hoffnungen und Erwägungen mitgespielt haben. Primo de Rivera hat niemals ein Geheimnis daraus gemacht, was er als das größte Ziel seines Lebens und seiner politischen Mission betrachtet. Dieses Ideal des spanischen Diktators und auch schließlich des ganzen spanischen Volkes besteht in der Verwirklichung des Gedankens einer engeren politischen Zusammenfassung aller spanischredenden Völker der Welt unter der Aegide des spanischen Mutterlandes. Dieser Gedanke diktierte auch schließlich eine der Begründungen, mit denen der spanische Delegierte in Genf damals die Forderung seines Landes auf die Gewährung eines ständigen Ratssitzes plausibel zu machen versuchte. Spanien gebärdete sich ganz offen als der geeignetste und berufenste Vertreter der spanisch-redenden Völker Südamerikas im Völkerbundsrat. Diese Selbstbewertung Spaniens war allerdings etwas einseitig. Machten doch die meisten der sich im Völkerbunde befindlichen südamerikanischen Staaten bei ihrer Bewerbung um einen Ratsposten ihre Eignung als Vertreter der südamerikanischen Staaten im Rat nachdrücklichst geltend. Es sei auf das Vorgehen Brasiliens und schließlich auch auf den Konflikt des Völkerbundes mit Argentinien hingewiesen. Trotz der geteilten Empfindungen, die das Ideal Madrids in Latein-Amerika findet, scheint Primo de Rivera doch an diesem Gedanken festhalten zu wollen. Zwar dürfte in der Unterredung von Malorca Chamberlain Primo de Rivera klargelegt haben, daß auch heute wie damals die spanische Forderung auf einen ständigen Ratssitz auf keine Erfüllung hoffen kann. Aber Chamberlain wird sicherlich auch nicht gezögert haben, darauf hinzuweisen, daß in den letzten Monaten die Möglichkeit einer Aussöhnung Argentiniens mit Genf sich sehr gestärkt hat. Was sicherlich befruchtend auf die Neigung Madrids gewirkt haben dürfte, den Weg nach Genf möglichst rasch wieder anzutreten. Würde doch ein Sitz Argentiniens im Rat sich entschieden ungünstiger für den großspanischen Gedanken Primo de Riveras auswirken, als der Ratssitz des kleinen, unbedeutenden Uruguay. Ob allerdings Chamberlain in der Lage war, Primo de Rivera irgendwie eine Sicherheit dafür zu geben, daß Spanien nach seiner Rückkehr in den Völkerbund einen dauernden nichtständigen Ratssitz erhält, halten wir für sehr unwahrscheinlich. Wenn auch vielleicht die Großmächte des Völkerbundes bereit wären, eine solche Garantie zu geben, so wäre sie doch wertlos, solange nicht auch die kleinen Nationen des Völkerbundes sich dieser Garantie anschlössen. Und die Macht und Beweglichkeit der kleinen Völkerbundsnationen hat die Welt im Verlaufe der letzten Völkerbundsversammlung zur Genüge kennengelernt. Die Ablehnung der Wiederwahl des Belgiers Vandervelde gegen den Willen der Großmächte dürfte den Fingerzeig geben. Aber diesen Schwierigkeiten zum Trotz, die Haltung Brasiliens und Argentiniens zwingen jetzt die spanische Regierung zu einer Initiative, wenn sie nicht die einzige Chance, die ihrem groß-spanischen Traum gegeben ist, sich aus der Hand ziehen lassen will. Ein offizieller Schritt Madrids in dieser Richtung, vielleicht auch ein Schritt der Großmächte, beeinflußt durch Chamberlain, dürfte daher nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.

Nochmals beruhigende Erklärungen Dr. Köhlers.

Fortsetzung der Aussprache über Wirtschaft und Finanzlage des Reiches.

vbz. Berlin. Im **Haushaltsausschuß des Reichstags** führte am Freitag Abg. Dr. **Quaatz** (Dnat.) aus: Angesichts der Kritiken des Reparationsagenten sei es richtig und notwendig, erneut einen Ueberblick über unsere finanzielle Lage zu gewinnen, wobei man offen vorgehen könne, da wir ein gutes Gewissen hätten. Die Besoldungsordnung sei nur eine Folgewirkung der Lohn- und Preissteigerung. Bei der Deckungsfrage handele es sich auch um die Reichsbetriebe, die soziale Versicherung und die Länder, während bei den Reichsbetrieben und bei den Einnahmen aus Zöllen die Deckung gesichert sei, wäre eine neue Lastensteigerung bei der sozialen Versicherung zu befürchten. Wir litten nicht unter dem Föderalismus, sondern dem Dualismus zwischen Preußen und dem Reich. Auch bei der Besoldungsordnung wolle sich Preußen einen Vorsprung vor dem Reiche sichern. Bei der Finanzgebahrung der Gemeinden trete zweifellos Luxus in die Erscheinung. Die Lage der mittleren und kleineren Länder sei überaus schwierig und eine Hilfsaktion für diese in beschränktem Umfang könne nicht von vornherein abgelehnt werden. **Notwendig sei eine klare Verteilung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern und die Einordnung Preußens in den Organismus des Reiches, wie sie in der Bismarckschen Verfassung geglückt und in der Weimarer Verfassung mißglückt sei.**

Abg. Dr. **Brüning** (Zentr.) betonte die **große wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung der Besoldungsvorlage.** Beim Reich sei die Deckung vorhanden, aber wie stände es mit einem Teil der Länder und Gemeinden? Schon werde angekündigt, daß einige Gemeinden ihre Werktarife und die Realsteuern erhöhen wollten. Unbedingt müsse man auch wissen, ob die Reichsbahn in der Lage sei, die Besoldungserhöhung auch für ihre Beamten und Arbeiter durchführen zu können ohne Tariferhöhung. Bedauerlicherweise seien einzelne Länder bereits über die Vorlage des Reichskabinetts hinausgegangen, die Politik des Reichsbankpräsidenten sei zu begrüßen, wenn sie ohne Schwankungen durchgeführt werde. **Die Frage von möglichen Preissteigerungen müßte auch mit Rücksicht auf unseren Außenhandel sorgfältig geprüft werden.**

Der Redner verlangte vom Minister nähere Angaben über die Schätzung der Ausgaben und über die Gestaltung des künftigen Etats im einzelnen.

Finanzminister Dr. Köhler

ging darauf auf den **außerordentlichen Etat** ein, wobei er betonte, daß **von der Aufnahme neuer Reichsanleihen keine Rede sein könne.** Er werde deshalb auch für 1928 den außerordentlichen Etat stark einschränken. Bei den Schätzungen der Einnahmen sei er außerordentlich vorsichtig vorgegangen. Die Arbeiten bezüglich der Verwaltungsreform würden fortgesetzt; die hierfür eingesetzte Kommission werde in Zusammenarbeit mit dem Sparkommissar und auf Grundlage der schon seit Monaten getätigten Vorverhandlungen und Feststellungen vorteilhafte Arbeit leisten. **Bezüglich der Lohnsteuersenkung werde die Reichsregierung ihre Zusagen selbstverständlich halten. Die Politik der Steuersenkung werde fortgeführt und auch an einen Abbau der Zölle werde gedacht.** Die Reichsregierung werde jeder ungerechtfertigten Steigerung der Ausgaben wirksam entgegenzutreten wissen und die wirksame Unterstützung des Parlaments dankbar begrüßen. **Allerdings dürfe man nicht eine Steuersenkung verlangen, wenn man gleichzeitig neue Forderungen an das Reich stelle.** Die Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der **Reichsbahn** hätten immer unter dem Gedanken gestanden, daß **eine Erhöhung der Besoldung nicht zu einer Erhöhung der Tarife führen dürfe.** Wenn keine katastrophale Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage eintrete, so könnten die Kosten der Besoldungsordnung nach seiner Ueberzeugung getragen werden.

Abg. Dr. **Scholz** (DVp.) führte aus, daß selbstverständlich mit der Frage der Besoldungserhöhung die Frage der Verfassungs- und Verwaltungsreform parallel ginge. **Die ganze Entwicklung der letzten Jahre in dem Verhältnis von Reich zu den Ländern und Gemeinden habe eine ungesunde Richtung gehabt.** Daraus erkläre sich auch, daß Länder und Gemeinden in manchen Fällen weit über die Sätze des Reiches hinaus ihre Beamten bezahlten und auch sonst mehr Bedürfnisse aufwiesen als sich im Reiche fänden. Hier müßte die Verfassungsreform einsetzen, wenn auch eine endgültige Verfassungsreform unmöglich sei, solange das Reparationsproblem als völlig unschätzbare Belastung auf dem Reiche liege. **Man könne nicht einfach sagen, Länder und Gemeinden müßten unbedingt mit dem auskommen, was sie vom Reiche erhielten. Jedes Land und jede Gemeinde müßten individuell betrachtet werden.** Mit der Verwaltungsreform dürfe nicht länger gezögert werden. Im dem Augenblick, in dem der Allgemeinheit große Lasten für Aufbesserung der Beamtengehälter aufgebürdet würden, hätten Regierung und Reichstag die Pflicht, dafür zu sorgen, daß eine Rationalisierung in der Verwaltungsarbeit stattfinde, entsprechend dem alten und guten Worte eines Preußenkönigs, daß der Staat möglichst gut bezahlte, aber möglichst wenige Beamte haben möge. **Die Reichsregierung möge ernstlich erwägen, ob nicht im Reichsministerium des Innern ein besonderes Referat für Verwaltungsreform eingerichtet werden könnte.** (Zuruf: Also wieder ein neues Referat!) **Das würde vielleicht eine verhältnismäßig kleine, aber produktive Mehrausgabe sein.**

Abg. **Torgler** (Komm.) **führte aus, dem Beamten nütze es gar nicht, wenn die Gehaltserhöhung durch Preissteigerung für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände inzwischen illusorisch geworden sei.** Der Redner **wandte sich gegen Verschlechterungen der Besoldungsordnung.**

Aussperrung in der sächsischen Zigarrenindustrie.

X **Dresden**, 28. Oktober. **Durch den sächsischen Verband der Arbeitgeber in der Zigarrenindustrie ist nunmehr heute, nachdem in den bestreikten Leipziger Betrieben die Arbeit bisher nicht wieder aufgenommen worden war, die Aussperrung sämtlicher Zigarrenarbeiter in Sachsen ausgesprochen** worden. Von der Aussperrung werden in **Dresden etwa 500, in Leipzig 550 bis 600 Arbeiter betroffen; in ganz Sachsen dürften etwa 12 000 Arbeiter in Frage kommen.**

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

In seiner letzten Sitzung, die sich in der Hauptsache über die Frage der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Klarheit verschaffen sollte, hat das Reichskabinett zwar keinen endgültigen Beschluß gefaßt, aber es wäre falsch, diese Hinauszögerung in der Entscheidung als einen Versuch des Kabinetts zu bewerten, die ganze Angelegenheit von neuem auf die lange Bank zu schieben. Im Gegenteil scheint die Stellungnahme der einzelnen Kabinettsmitglieder im Prinzip eine volle Einigkeit darüber erbracht zu haben, daß es notwendig sei, jetzt, nachdem der Streit über das deutsche Niederlassungsrecht in Polen geschlichtet worden sei, die damals abgebrochenen Verhandlungen mit Polen über die Schaffung eines endgültigen Handelsvertrages wieder aufzunehmen. Nur in einem Spezialfall scheint das Kabinett sich noch nicht schlüssig geworden zu sein. Es hat daher den Außenminister Dr. Stresemann beauftragt, sich mit dem polnischen Gesandten in Berlin in Verbindung zu setzen, um eine Reihe von grundsätzlichen politischen und wirtschaftlichen Fragen zu klären. Jedenfalls dürften die Behauptungen der Linkspresse, daß die Stellungnahme verschiedener Ressortminister — damit dürften wohl die Herren Dr. Curtius und Schiele gemeint sein — sich nach wie vor ablehnend gegen die Wiederaufnahme der Verhandlungen ausgesprochen hätte, falsch sein. Selbstverständlich liegt es ebenso im Interesse des deutschen Volkes, wie es im Interesse Polens liegt, den anormalen Zustand, der heute noch das friedliche Nebeneinanderleben der beiden Völker so einschneidend hemmt, möglichst bald beseitigt zu sehen. In dem Sinn eines jeden Handelsvertrages liegt es selbstverständlich, daß er jedem der beiden Partner die Vorteile bringt, unter deren Voraussetzung er überhaupt geschlossen werden soll. Daß bei dem Vertrag, den Deutschland mit Polen abzuschließen gedenkt, die Reichsregierung in erster Linie auch die Interessen Ostpreußens als des gefährdetsten deutschen Gebietes zu vertreten hat, versteht sich von selbst. Daher ist es auch keine sekundäre Frage, ob Deutschland einen aufnahmefähigen Markt für die von Polen zur Ausfuhr bestimmten 600 000 Schweine bilden wird, oder nicht. Aber immerhin, bei einigermaßen gutem Willen der beiden Regierungen ist es doch zu hoffen, daß trotz der Widerstände, die die Verhandlungen auch in der nächsten Zeit noch finden werden, der endgültige Vertragsabschluß doch noch kommen wird. Polen und Deutschland bilden zusammen eine gemeinsame Grenze in Länge von 1400 Kilometern. Diese Tatsache ist kennzeichnend für die Notwendigkeit einer Vereinbarung der beiden Völker zum mindesten auf wirtschaftlichem Gebiete.

Die Bewegung für den Prinzen Carol.

Paris. (Funkspruch.) Nach einer Meldung der Chicago Tribune sollen **bessarabische Bauern Kundgebungen zugunsten des Prinzen Carol veranstaltet haben.** In Kischinew sollen 200 Personen verhaftet und bei Zusammenstößen viele Personen verletzt worden sein.

Erstklassige Küche Saazer Urstoff — Stiehlers Weinrestaurant — Preiswerte Ia Flaschen- und Schoppenweine